

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte**  
**am 19.04.2012**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 21:05 – 21:35 Uhr

Ende: 22:55 Uhr

**Anwesend:**

Herr Franz	Bezirksbürgermeister
Herr Henningsen	Stellv. Bezirksbürgermeister

**CDU**

Frau Heckeroth	
Herr Langeworth	
Herr Meichsner	Fraktionsvorsitzender

**SPD**

Herr Emmerich	
Herr Hastaedt	
Frau Mertelsmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Dr. Neu	

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Bauer	Fraktionsvorsitzende
Herr Bowitz	
Herr Gutwald	
Frau Zeitvogel-Steffen	

**Die Linke**

Herr Ridder-Wilkens	Fraktionsvorsitzender
Herr Straetmanns	

**FDP**

Frau George

**BfB**

Herr Micketeit

**Bürgernähe**

Herr Klemme

**Entschuldigt fehlt:**

Herr Gutknecht, Stellv. Bezirksbürgermeister, Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltung:

Herr Beck  
Herr Spree  
Frau Hoffjann  
Frau Jülich  
Herr Ellermann  
Herr Beigeordneter Moss  
Herr Martin  
Frau Stude  
Herr Kricke

Bauamt  
Amt für Verkehr  
Umweltamt  
Bauamt  
Bauamt  
Dezernat 4  
Amt für Verkehr  
Büro des Rates  
Büro des Rates, Schriftführung

TOP

6, 20, 21  
7  
9, 10  
11  
11, 21  
12, 21  
12

Gäste:

Herr Heesing  
Herr Kortemeier  
Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

Geschäftsführer Handwerkskammer  
Büro Kortemeier Brokmann

6

9, 10

## Öffentliche Sitzung:

### Zu Punkt 1

#### Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Unter Bezugnahme auf kritische Fragen von Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem Bereich Bielsteinstraße-Süd, die die Bedeutung der Grünfläche für das nachbarschaftliche Miteinander betonen und eine weitere Verdichtung in diesem Bereich, in dem ohnehin schon eine Vielzahl von Kindertagesstätten vorhanden seien, ablehnen, verliest Herr Franz folgende Stellungnahme des Jugendamtes:

*Entsprechend der Beschlusslage des JHA in der Sitzung am 07.03.2012 (Drucksachenummer: 3571/2009-2014; Top 9) werden die Standort Bielsteinstraße Süd und Ehlenruper Weg (Kuhlo-Realschule) nicht weiter verfolgt, da in den Stadtbezirken Senne und Stieghorst alternative Standorte vorhanden sind.*

*Die Verwaltung beabsichtigt in der Sitzung am 24.05.2012, gemeinsam mit dem ISB und der BGW, die weiteren Schritte an den Standorten Bielsteinstraße Nord und Große Heide vorzustellen. Hierbei wird auch zu den Fragen der BV Mitte zu den städtischen KiTas berichtet.*

Auf die Frage eines Anwohners, ob die Grünfläche trotzdem einer anderen baulichen Nutzung zugeführt werde, erklärt Herr Franz, dass davon ausgegangen werden könne, dass die Fläche auch weiterhin als öffentliche Grünfläche gewidmet bleibe und entsprechend genutzt werden könne.

Auf die im Vorfeld der Sitzung schriftlich eingereichten Fragen des Elternrates der städtischen Kindertagesstätte Jakobus, wann im Hinblick auf die Erweiterung der Einrichtung endlich die angekündigten Gespräche mit der Kirchengemeinde aufgenommen würden und wann ein konkreter Zeitplan zum Aus-/Umbau der Kindertagesstätte vorgelegt werde, verliest Herr Franz die Antwort des Jugendamtes:

- 1. Die Nutzung des ehemaligen chemischen Untersuchungsamtes für eine Erweiterung der Kita Jakobus wird seit dem 12.04.2012 nicht weiter verfolgt, da das Gebäude - insbesondere wegen des dort fehlenden ausreichenden Außengeländes - nicht mehr als Planungsalternative in Frage kommt.*
- 2. Die Alternative des An- und Umbaus des vorhandenen Kita-Gebäudes evtl. unter Einbeziehung von zusätzlichen Flächen der Kirchengemeinde wird weiter verfolgt. Hierzu sind sowohl entsprechende Gespräche mit der Kirchengemeinde als auch anschließende Detailplanungen und Kostenberechnungen erforderlich, bevor eine Entscheidung getroffen werden kann.*
- 3. Erste Gespräche mit der Kirchengemeinde bezüglich des Grundstücks haben bereits stattgefunden. Am 24.04.2012 ist ein Ortstermin geplant. Eine weitergehende konkrete Zeitplanung ist*

erst nach Abschluss der Gespräche mit der Kirchengemeinde möglich.

-.-.-

**Zu Punkt 2**            **Genehmigung von Niederschriften**

**Zu Punkt 2.1**        **Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 13.02.2012**

Herr Henningsen merkt an, dass er die Niederschrift für unbefriedigend und wenig aussagekräftig erachte, da aus ihr nicht hervorgehe, welche Redebeiträge die einzelnen Personen eingebracht hätten. Er sei definitiv Besseres gewohnt.

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über die 35. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 13.02.2012 wird unter der Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Henningsen nach Form und Inhalt genehmigt.**

-.-.-

**Zu Punkt 2.2**        **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 08.03.2012**

**B e s c h l u s s:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 08.03.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**            **Mitteilungen**

**Punkt 3.1**            **Straßenbauvorhaben / Kanalbaumaßnahmen**

- Eröffnungstermin für das Bauvorhaben „Regenrückhaltebecken Finkenbach / Storbeck“ war der 26.03.2012.

-.-.-

**Punkt 3.2**            **Einwanderungsstadt Bielefeld – Daten und Fakten**

Das Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten teilt mit:

*„In der Reihe „Schriften zur Integration“ des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten ist Ende 2011 das Heft 1 mit Daten und Fakten zur Einwanderung in Bielefeld erschienen. Das Heft, das auch*

stadtbezirksbezogene Daten enthält, soll im zweijährigen Rhythmus aktualisiert werden. Nachzulesen ist es u. a. auch unter [http://www.bielefeld.de/de/rv/ds\\_stadtverwaltung/int/ipu/](http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/int/ipu/).

*Bielefeld ist eine Einwanderungsstadt. Fast jede dritte Einwohnerin / jeder dritte Einwohner hat einen so genannten Migrationshintergrund. Was bedeutet überhaupt die Abgrenzung „mit Migrationshintergrund“? Woher kommen die Menschen und wo leben sie heute? Wie jung bzw. wie alt sind sie? In welcher Form spiegelt sich Migration im Stadtbild wider?*

*Heft 1 aus der Reihe „Schriften zur Integration“ dokumentiert mit Zahlen und Daten, Grafiken und Erläuterungen dabei nicht nur die kulturelle und ethnische Vielfalt, die unsere Stadt bereichert. Deutlich wird vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – wir werden schließlich nicht nur bunter, sondern auch älter und weniger – auch, welche Potenziale und Möglichkeiten Einwanderung bietet. Dies müssen von uns allen erkannt und gefördert werden. Bei aller Statistik und Dokumentationspflicht darf dabei nicht vergessen werden: Hinter all diesen Zahlen stehen Menschen mit ganz individuellen Lebensgeschichten.“*

Ansichtsexemplare des Heftes 1 sind im Büro des Rates vorhanden.

-.-.-

**Punkt 3.3** Im Vorfeld der Sitzung versandte Unterlagen:

- Mittelpunkt – Zeitung rund um den Ostmanturm März 2012

-.-.-

**Punkt 3.4** Einrichtung von Schulsozialarbeit an Grundschulen

Das Amt für Schule teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss und der Schul- und Sportausschuss im März 2012 auf Vorschlag der Verwaltung der Einrichtung von Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket an folgenden weiteren Grundschulen zugestimmt hätten:

Diesterwegschule und Fröbelschule, jeweils 0,5 Stellen  
Grundschule Altenhagen, 0,5 Stelle  
Pläßschule, 1 Stelle, sowie Eichendorffschule und Bültmannshofschule, je 0,5 Stellen  
Grundschule An der Windflöte, 1 Stelle

Mit diesen neuen Stellen seien dann insgesamt 30,5 Stellen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket insbesondere an Bielefelder Grundschulen und an Berufskollegs eingerichtet. Die Finanzierung der Stellen sei für die Dauer von zwei Jahren gesichert.

-.-.-

**Punkt 3.5** Verkehrssituation in der Gadderbaumer Straße

Frau Bauer teilt mit, dass auf der Gadderbaumer Straße bedingt durch Baueinrichtungsfläche des zurzeit errichteten „Cube“ und unmittelbar dort parkenden Lieferverkehren teilweise nur noch eine Fahrspur für beide Richtungen zur Verfügung stünde. Dies führe zu erheblichen Gefahrensituationen.

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**      **Mögliche Folgenutzung der Gutenbergschule  
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 02.04.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4034/2009-2014

Antragstext:

- 1. Hinsichtlich des angedachten räumlichen Umzugs der Stapenhorstschule und des Abendgymnasiums ist seitens der Verwaltung in einem transparenten Verfahren mit den Leitungen und Elternvertretern der beiden betroffenen Schulen, eine von allen mitgetragene einvernehmliche Lösung zu erarbeiten.*
- 2. Vor Umsetzung ist die erarbeitete Lösung in der Bezirksvertretung Mitte vorzulegen.*

Begründung:

*Es gibt Befürchtungen von Eltern und Lehrern der Stapenhorstschule, dass ihre Interessen in Bezug auf einen Umzug in die Gutenbergschule nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dies wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht bei einem Ortstermin in der Stapenhorstschule. Es sollte in diesem Jahr in einem offenen Verfahren mit allen Beteiligten eine gemeinsame Lösung erarbeitet werden.*

Herr Straetmanns ergänzt, dass einige Mitglieder der Bezirksvertretung auf Einladung der Stapenhorstschule am 09.03.2012 einen Ortstermin in der Gutenbergschule wahrgenommen hätten. In diesem Zusammenhang sei mit den betroffenen Lehrkräften sowie Elternvertretern gesprochen worden, die die Sorge geäußert hätten, dass die Interessen der Stapenhorstschule im weiteren Verfahren nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Frau Bauer weist darauf hin, dass ihre Fraktion unter TOP 4.6 der letzten Sitzung die gleiche Forderung gestellt habe und insofern diesem Antrag zustimmen könne.

Herr Dr. Neu bittet darum, unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages vor der Formulierung „*einvernehmliche Lösung*“ das Wort „*möglichst*“ zu ergänzen, da die Verwaltung nicht soweit festgelegt werden sollte, dass sie eine einvernehmliche Lösung erzielen müsse.

Herr Franz spricht sich dafür aus, die Ziffer 2 wie folgt umzuformulieren:

*An dem weiteren Verfahren und der Beschlussfassung ist die Bezirksvertretung Mitte zu beteiligen.*

Herr Meichsner erachtet es als skandalös, dass überhaupt gesetzlich festgelegte Beteiligungsrechte einer Bezirksvertretung durch entsprechende Anträge eingefordert werden müssten.

Herr Straetmanns übernimmt als Antragsteller die Formulierungsvorschläge.

### **B e s c h l u s s :**

- 1. Hinsichtlich des angedachten räumlichen Umzugs der Stapenhorstschule und des Abendgymnasiums ist seitens der Verwaltung in einem transparenten Verfahren mit den Leitungen und Elternvertretern der beiden betroffenen Schulen, eine von allen mitgetragene möglichst einvernehmliche Lösung zu erarbeiten.**
- 2. An dem weiteren Verfahren und der Beschlussfassung ist die Bezirksvertretung Mitte zu beteiligen.**

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 5.2

### **Mögliche Errichtung einer Kindertagesstätte im Bereich " B i e l s t e i n s t r a ß e - S ü d "** **(Antrag der Fraktion Die Linke vom 02.04.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4035/2009-2014

Antragstext:

Beschlussvorschlag:

*Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt der Fachverwaltung, dem Jugendhilfeausschuss und dem beteiligten BISB (Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb) andere Standorte für die geplante Kindertageseinrichtung Bielsteinstraße Süd zu prüfen und in der BZV-Mitte vorzulegen.*

Begründung:

*Wir begrüßen den Bau von Kitas in Bielefeld um die gesetzliche Ziele der U 3-Betreuung bis 2013/2014 sicherzustellen.*

*Wir halten den Standort Bielsteinstraße Süd für ungeeignet. Die*

*Grünfläche im Quartier wird größtenteils bebaut und der Öffentlichkeit entzogen. Der Spielplatz im Quartier wird von vielen Kindern für Freizeitgestaltung und zum Spielen genutzt. Die Erwachsenen nutzen die Grünfläche zum Aufenthalt und zur Erholung. Es existiert eine funktionsfähige soziale Infrastruktur mit nachbarschaftlichen Austausch, Kommunikation und gegenseitiger Kinderbetreuung. Durch den Bau der Kita würde die Grünfläche stark reduziert und die Spielfläche zerstört. Die Aufenthaltsqualität und Erholungsmöglichkeit ginge verloren. Im Übrigen gibt es in dem Bereich zahlreiche Kindertageseinrichtungen und Kinderbetreuungseinrichtungen.*

Herr Franz verliest noch einmal die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag:

*Entsprechend der Beschlusslage des JHA in der Sitzung am 07.03.2012 (Drucksachenummer: 3571/2009-2014; Top 9) werden die Standorte Bielsteinstraße-Süd und Ehlenruper Weg (Kuhlo-Realschule) nicht weiter verfolgt, da in den Stadtbezirken Senne und Stieghorst alternative Standorte vorhanden sind.*

*Die Verwaltung beabsichtigt in der Sitzung am 24.05.2012, gemeinsam mit dem ISB und der BGW, die weiteren Schritte an den Standorten Bielsteinstraße Nord und Große Heide vorzustellen. Hierbei wird auch zu den Fragen der BV Mitte zu den städtischen KiTas berichtet.*

Unter Bezugnahme auf die Antwort der Verwaltung erklärt Herr Ridder-Wilkens, dass der Antrag seiner Fraktion gegenstandslos geworden sei. Angesichts der Bedeutung der Fläche für die Anwohnerinnen und Anwohner begrüße es seine Fraktion ausdrücklich, dass die Planungen am Standort Bielsteinstraße-Süd nicht weiter verfolgt würden. Allerdings sollte hinsichtlich der Überlegungen zur Realisierung einer Kindertagesstätte im Bereich Bielsteinstraße-Nord noch die Frage geklärt werden, ob die Fläche überhaupt zur Disposition stehe, da es Hinweise gebe, dass es sich hier um eine Stiftung handele, die der Stadt mit der dauerhaften Verpflichtung, die Fläche als Spiel- und Freizeitfläche zu widmen, geschenkt worden sei. Nach Aussage der Verwaltung existiere eine entsprechende Urkunde nicht. Von daher sei zu überlegen, den vorliegenden Antrag umzuformulieren und auf die Prüfung des Standortes Bielsteinstraße-Nord abzuheben.

Herr Langeworth erklärt, dass der ursprüngliche Antrag aus seiner Sicht nicht gegenstandslos sei. Seine Fraktion sei über den Antrag der Fraktion Die Linke erfreut gewesen, da dieser die von ihm in der Sitzung am 09.02.2012 vorgetragenen Argumente aufgegriffen habe, mit denen er dargestellt habe, dass die Standortvorschläge inakzeptabel seien. Er betont, dass die heutige Antwort der Verwaltung inhaltlich vom Beschluss des JHA vom 07.03.2012 insofern abweiche, als dass dem Wunsch der Bezirksvertretungen Senne und Stieghorst nach dem Bau je einer neuen Kindertageseinrichtung entsprochen werden solle, wenn geeignete Grundstücke zeitnah zur Verfügung stünden. Sollten diese Standorte nicht realisiert werden können, würden lt. Beschluss die Standorte Ehlenruper Weg und Bielsteinstraße Süd umgesetzt. Vor diesem Hintergrund erachte er den Antrag nicht als gegenstandslos, allenfalls sollte er zurückgestellt werden. Im Übrigen sollten sowohl die Standorte Kuhlo-Realschule und Bielsteinstraße-Nord in den Antrag einbezogen

werden.

Frau George begrüßt den Antrag der Fraktion Die Linke, da das gesamte Verfahren auf sie wenig transparent und sehr beliebig wirke. Angesichts des großen Engagements der Anwohnerschaft aus dem Bereich Bielsteinstraße-Süd stelle sie sich die Frage, warum aus dem Bereich Bielsteinstraße-Nord keine Reaktion gekommen sei. Sie spreche sich ebenfalls dafür aus den Antrag zu erweitern und die Verfügbarkeit des Standortes Bielsteinstraße-Nord unter stiftungsrechtlichen Aspekten zu prüfen.

Herr Micketeit begrüßt die Aussage der Verwaltung, die Standorte Bielsteinstraße-Süd und Ehlenruper Weg nicht weiter zu verfolgen. Allerdings sollten weitere Alternativen im Stadtbezirk Mitte geprüft werden.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass in den zurückliegenden Jahren unterschiedliche Nutzungsvorstellungen für den Bereich Bielsteinstraße-Süd / Oelmühlenstraße entwickelt worden seien. Unter Verweis auf die Stiftung sei in mindestens drei Fällen eine Ablehnung von der Verwaltung nachvollzogen worden. Insofern müssten der Verwaltung zumindest bis zu diesem Zeitpunkt noch eine Stiftungsurkunde bzw. aussagefähige Unterlagen vorgelegen haben, so dass sich ihm nun die Frage nach dem Verbleib dieser Urkunde stelle. Abschließend bittet er den Antragsteller, den Antrag nicht für gegenstandslos zu erklären, sondern ihn auf alle Standorte im Stadtbezirk auszuweiten und ihn dann vorerst zurückzustellen.

Herr Ridder-Wilkens stimmt diesem Vorschlag zu und erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unter Berücksichtigung der unklaren Aussage der Verwaltung aufrecht erhalte und ihn auf die übrigen Standortvorschläge im Bezirk auszuweiten.

### **B e s c h l u s s :**

- 1. Die Bezirksvertretung nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die Standorte Bielsteinstraße-Süd und Ehlenruper Weg (Kuhlo-Realschule) nicht weiter verfolgt.**
- 2. Der vorliegende Antrag zur Überprüfung des Standortes Bielsteinstraße-Süd wird erweitert um die Standorte Kuhlo-Realschule und Bielsteinstraße-Nord, wobei beim letztgenannten Standort insbesondere auf die Stiftungsproblematik einzugehen ist.**
- 3. Der Antrag wird zunächst zurückgestellt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

**Vorstellung der Pläne zum Neubau des "Campus Handwerk"**

Herr Heesing erläutert einleitend die Notwendigkeit der Errichtung des „Campus Handwerk“ und stellt sodann anhand einer Powerpoint-Präsentation die Pläne dieses neuen überregionalen Kompetenzzentrums vor. Er betont, dass es sich hierbei nicht um eine Erweiterung der in Ostwestfalen-Lippe vorhandenen Angebote handele, vielmehr würden diese an dem verkehrsgünstig gelegenen Standort in Bielefeld zusammengefasst. Der Neubau umfasse ca. 23.000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossflächen, die investiven Kosten lägen bei rd. 60 Mio. Euro und würden vom Bund, dem Land und dem Handwerk selbst getragen. Nach der Durchführung eines mehrstufigen europaweiten Wettbewerbs seien 20 Entwürfe verblieben, die einem Preisgericht Mitte 2011 zur Bewertung vorgestellt worden seien. Der vorliegende Entwurf sei nunmehr das Ende der Vorentwurfsphase, die Genehmigungsplanung werde in den kommenden Monaten erstellt. Zum weiteren Zeitplan führt Herr Heesing aus, dass nach Abschluss der Entwurfsplanung die Ausführungs- und Genehmigungsplanung den zuständigen Gremien im Herbst 2012 vorgelegt werde. Bei optimalem Verlauf könnte die Grundsteinlegung im Frühjahr 2013 erfolgen.

Herr Meichsner merkt an, dass die Ansicht vom Ishara aus gegenüber dem prämierten Preis ausgesprochen massiv wirke. Darüber hinaus bittet er um Ausführungen zur möglichen Nutzung des angrenzenden Grundstücks. Abschließend stellt er die Frage, ob schon eine Folgenutzung für die im Stadtbezirk Mitte gelegenen Einrichtung der Handwerkskammer am Kleiberweg feststehe.

Herr Heesing führt aus, dass die Frage der Folgenutzung des Bildungszentrums am Kleiberweg im nächsten Jahr aufgegriffen werde. Der Eindruck der Massivität liege an der zeichnerischen Darstellung. Der Entwurf sei seiner Meinung nach insgesamt weniger dominant und massiv als der erste Entwurf. Hinsichtlich des angrenzenden Grundstücks bestünden durchaus mögliche Nutzungsüberlegungen, allerdings könnten hierzu noch keine konkreten Aussagen getroffen werden.

Auf die Bitte von Herrn Meichsner, das Wettbewerbsmodell zur weiteren Vervollständigung des im Bauamt befindlichen Stadtmodells nutzen zu können, kündigt Herr Heesing an, dieses nach Abschluss der Entwurfsphase im Sommer zur Verfügung stellen zu können.

### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die vorgestellten Pläne zum Neubau des „Campus Handwerk“ zustimmend zur Kenntnis.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

### **Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3740/2009-2014

Unter Bezugnahme auf die Vorlage stellt Herr Spree kurz das bei der Untersuchung des Bielefelder Radverkehrsnetzes praktizierte Vorgehen sowie die hierbei ermittelten Ergebnisse dar und erläutert nachfolgend die sich hieraus ergebenden Maßnahmenvorschläge zur Beseitigung von Mängeln vor. Die vorgenommene Untersuchung sei ein erster Schritt der Bestandsaufnahme, bei der erhebliche Handlungs- und Investitionsbedarfe festgestellt und gewisse Prioritäten festgelegt worden seien. In diesem Zusammenhang betont er, dass aktuell keine Mittel zur Beseitigung der festgestellten Mängel zur Verfügung stünden. Zum weiteren Verfahren führt Herr Spree aus, dass nach der Beteiligung der Bezirksvertretungen eine Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses zum Haupttroutennetz vorgesehen sei. Parallel dazu würden die so genannten Kleinmaßnahmen abgearbeitet werden, die größeren Maßnahmen könnten erst nach entsprechender Mittelbereitstellung und Priorisierung in Abstimmung mit den Bezirksvertretungen ausgeführt werden.

Herr Henningsen beantragt den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

- 1. Auf die Instandhaltung vorhandener Radwege ist ein Schwerpunkt zu legen.*
- 2. Bei der Neuanlage von Radverkehrsanlagen ist eine Prioritätenliste zu erstellen und vorzulegen.*
- 3. Neue Einzelmaßnahmen sind in der Bezirksvertretung vorzustellen und abzustimmen.*

Auf eine Anmerkung von Frau Bauer bestätigt Herr Spree, dass Synergieeffekte im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen genutzt würden. Überdies würden bereits jetzt schon kleinere Markierungsmängel sukzessive abgebaut.

Auf die Nachfrage von Herrn Straetmanns zu den Erfahrungen mit Fahrradstraßen und zum Befahren von Einbahnstraßen in Gegenrichtung führt Herr Spree aus, dass es in Einzelfällen sicherlich Probleme geben könne. Angesichts der Folgekosten würden Markierungen, die sicherlich in einigen Bereichen hilfreich seien, nur in Ausnahmefällen eingesetzt.

Herr Meichsner kritisiert die Vielzahl der unterschiedlichen Radverkehrsschilder im gesamten Stadtgebiet und fordert hier unter Verweis auf das in 2008 für den Stadtbezirk Mitte beschlossene Ausschilerungskonzept eine Vereinheitlichung der Beschilderung sowohl aus stadtgestalterischen Aspekten wie auch im Hinblick auf eine bessere Nachvollziehbarkeit durch die Nutzerinnen und Nutzer. Vor diesem Hintergrund sollte die Verwaltung ein Konzept zur Gestaltung und Ausschilerung erstellen, das den zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgestellt werden sollte. Darüber hinaus verweist Herr Meichsner auf die Situation im Bereich der Lichtsignalanlage Kreuzstraße/Spiegelstraße, bei der bedingt durch die Anlage der Pkw-Parkplätze Radfahrerinnen und Radfahrer häufig die Aufstellflächen für Fußgängerinnen und Fußgänger überfahren würden, was insbesondere für Schulkinder ein erhebliches Gefahrenpotential bedeute.

Zur Frage einer unterschiedlichen wegweisenden Beschilderung merkt Herr Spree an, dass dies darauf zurückzuführen sei, dass die weißen Schilder mit roter Schrift die landesweite Ausschilderung des Radverkehrsnetzes NRW sei. Darüber hinaus gebe es eine Vielzahl unterschiedlicher touristischer Routen mit eigener Ausschilderung. Sicherlich sei es wünschenswert, die touristischen Routen im Rahmen eines Konzepts in einer einheitlichen Beschilderung zu integrieren, allerdings stünden hierfür keine Mittel zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Henningsen fasst die Bezirksvertretung sodann folgenden

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Die Ergebnisse der Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Bezirksvertretungen empfehlen dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Haupttroutennetz für den Radverkehr entsprechend der Anlage 1 zuzustimmen.**
- 3. Auf die Instandhaltung vorhandener Radwege ist ein Schwerpunkt zu legen.**
- 4. Bei der Neuanlage von Radverkehrsanlagen ist eine Prioritätenliste zu erstellen und vorzulegen.**
- 5. Neue Einzelmaßnahmen sind in der Bezirksvertretung vorzustellen und abzustimmen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 8**

#### **Jubiläums-Projekt der Kreishandwerkerschaft Bielefeld: Bau eines Pavillons ("Point-de-vue") im Historischen Park auf dem Johannisberg**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3965/2009-2014

Herr Henningsen erachtet das Objekt als sehr gelungen, betont jedoch, dass der Standort aus seiner Sicht unglücklich sei, da eine Blickbeziehung zur Sparrenburg sicherlich attraktiver wäre.

Herr Meichsner äußert die dringende Bitte bei der Errichtung des Pavillons darauf zu achten, dass Vandalismusschäden durch Zerkratzen oder Besprühen möglichst verhindert bzw. leicht beseitigt werden könnten.

Herr Walkenhorst weist darauf hin, dass dem Standort des Pavillons

bereits im Rahmen der Beschlussfassung zum Parkpflegewerk II in 2008 zugestimmt worden sei. Die Anregung von Herrn Meichsner werde er an die Kreishandwerkerschaft weiterleiten. Diesbezüglich sei anzumerken, dass die Kreishandwerkerschaft für einen begrenzten Zeitraum Unterstützung bei der Unterhaltung und Pflege des Objekts in Aussicht gestellt habe, so dass dort auch ein Eigeninteresse vorhanden sei, den Pavillon möglichst ohne extensiven Unterhaltungsaufwand zu errichten.

**Unter Berücksichtigung der Anregung von Herrn Meichsner nimmt die Bezirksvertretung Mitte die Vorlage der Verwaltung zur Errichtung des Pavillons im Historischen Park auf dem Johannisberg zur Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 9

### **Ravensberger Park - Entwurfsplanung zur Umgestaltung der Eingangssituation im Bereich der August-Bebel-Straße/Werner-Bock-Straße und des Spielbereiches westlich des Wiesenbades**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4000/2009-2014

Unter Bezugnahme auf das vom Rat der Stadt am 24.04.2008 beschlossene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept Stadtumbau Bielefeld (ISEK) stellen Herr Kortemeier und Frau Hoffjann den Anlass der Planung, die Entwurfsplanung sowie die Finanzierung der Maßnahme vor.

Herr Dr. Neu bittet um Auskunft, ob die geplanten Maßnahmen im Bereich August-Bebel-Straße / Werner-Bock-Straße mit der Entwurfsplanung zur Neugestaltung des Kesselbrink abgestimmt worden seien. Im Gegensatz zur Verwaltung sei er sehr wohl der Auffassung, dass die vorhandene Spielfläche sehr gut angenommen werde und hoch frequentiert sei, so dass er sich die Frage stelle, inwieweit die vorgestellte Planung funktionierende Nutzungen der Fläche verändere.

Unter Verweis auf die Situation im Kunsthallenpark merkt Herr Meichsner an, dass Trampelpfade erfahrungsgemäß stärker genutzt würden als offizielle Wegeverbindungen. Vor diesem Hintergrund bezweifle er, dass die neue Wegführung tatsächlich angenommen werde. Im Übrigen stelle sich ihm die Frage, ob bei der Gestaltung des Bereichs August-Bebel-Straße / Werner-Bock-Straße eine mögliche Trasse der Stadtbahnlinie berücksichtigt worden sei. Er teile die Auffassung von Herrn Dr. Neu, dass die Fläche gerade in den Sommermonaten äußerst belebt sei und sehe von daher ebenfalls keine Notwendigkeit zur Umsetzung der Planungen. Des Weiteren könne er sich nicht vorstellen, dass die Folgekosten tatsächlich um 638 Euro p. a. sinken würden, da zusätzliche Flächen einen entsprechend höheren Pflegeaufwand

erforderlich machten. Darüber hinaus verwundere es ihn, dass lt. Vorlage neue Miet- und Pachtzahlungen des Umweltamtes an den Immobilienservicebetrieb in Höhe von 3.785 Euro p. a. geleistet werden sollen, da der ISB bisher noch nie entsprechende Zahlungen erhalten habe. In diesem Zusammenhang müsse auch zur Kenntnis genommen werden, dass die Mittel für die Grünunterhaltung im Stadtbezirk Mitte laufend gekürzt würden. Insofern treffe die Darstellung der Verwaltung, dass die zusätzlichen Mittel zur Unterhaltung des Spielplatzes zukünftig bereit gestellt würden, nicht zu. Seine Fraktion sei nicht mehr bereit, die Unterhaltungsmaßnahmen im Bezirk, für die ohnehin keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stünden, immer weiter zu reduzieren, um gleichzeitig neue Maßnahmen wie z. B. den Kesselbrink zu finanzieren.

Herr Straetmanns merkt an, dass die Planungen Teil eines Maßnahmenfeldes seien, dem der Rat am 23.09.2010 im Rahmen der Beschlussfassung über das gebietsbezogene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept für das Stadtumbaugebiet „Nördlicher Innenstadtrand“ (INSEK) zugestimmt habe. Im Übrigen könne er aus eigener Anschauung bestätigen, dass der Spielbereich in seiner jetzigen Form für Kinder wenig attraktiv sei und keine hohe Aufenthaltsqualität aufweise.

Herr Franz führt aus, dass der Bereich seiner Einschätzung nach gut funktioniere und gerade für größere Kinder ab 12 Jahren Angebote wie z. B. die Tischtennisplatte oder die Torwand vorhalte. Vor diesem Hintergrund bittet er um Auskunft, für welche Zielgruppe die neuen Spielgeräte gedacht seien. Inwieweit die Konzentration der Bänke am Sandspielbereich die Aufenthaltsqualität für andere Nutzerinnen und Nutzer der Grünanlage erhöhen würde, sei aus seiner Sicht mehr als fraglich. Überdies äußert er Zweifel an der Haltbarkeit der Kunststoffbeläge und der Widerstandsfähigkeit und Vandalismussicherheit der Spielgeräte. Insofern erachte auch er die dargestellten Unterhaltungskosten als zu niedrig kalkuliert. Im Übrigen irritiere es ihn, dass die Neukonzeption der Spielfläche ergänzt werde um Überlegungen zur Gestaltung eines Entrées zum Kesselbrink. Dies sei im Rahmen der Diskussion zum ISEK so nicht dargestellt worden, darüber hinaus seien in diesem Zusammenhang eine mögliche Führung einer Stadtbahntrasse nach Heepen sowie die Gestaltungselemente des neu gestalteten Kesselbrinks zu berücksichtigen.

Frau Jülich weist darauf hin, dass das ISEK auch Maßnahmen beinhalte, die der strukturellen Verbesserung von Grünflächen dienen würden. Die vorliegenden Planungen seien mit den Planungen zum neuen Kesselbrink abgestimmt; die Trassenführung einer möglichen Stadtbahn nach Heepen sei hiervon nicht berührt.

Herr Kortemeier erläutert, dass die Attraktivität der Fläche durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. das Versetzen der Bänke in den Aktivitätsraum, die Trennung der Verkehrswege vom Aufenthaltsbereich und die insgesamt offenere Gestaltung erheblich erhöht würde. In diesem Zusammenhang seien auch die verschiedenen Neubaumaßnahmen im Umfeld des Grünzuges zu berücksichtigen, durch die zusätzliche Bedarfe ausgelöst würden.

Frau Bauer spricht sich dafür aus, die Tischtennisplatte und die Torwand in die Neuplanung mit einzubeziehen, um auch älteren Kindern Angebote unterbreiten zu können.

Frau Hoffjann betont, dass die Verwaltung dem Büro Kortemeier Vorgaben hinsichtlich der Planungen gemacht habe. Hierbei sei u. a. die Schaffung eines Spielbereichs für Kinder unter 12 Jahren gefordert worden, da in der Nachbarschaft der StadtSpielGarten angedacht sei, in dem Angebote für größere Kinder realisiert würden. Im Übrigen sei anzumerken, dass der in dem Bereich vorhandene Bolzplatz bzw. die Torwand immer wieder zu Konflikten mit der Anwohnerschaft geführt habe. Zu den Folgekosten merkt sie an, dass diese auf der Basis der so genannten „Gelben Fibel“ ermittelt worden seien, die eine detaillierte Kostenaufschlüsselung enthalte. Aufgrund des Rückbaus der kleineren Spielgeräte, der Installation wartungsextensiver Großspielgeräte und zusammenhängender Rasenflächen würden sich gegenüber dem Status quo geringere Folgekosten ergeben.

Herr Hastaedt gibt zu bedenken, dass die von den Radfahrern und Fußgängern selbst geschaffenen Wegebeziehungen auch weiterhin genutzt würden und insofern eine Verlagerung wenig sinnvoll sei.

Frau Mertelsmann bittet um Auskunft, ob der Rodelhügel sowie die am Weg befindlichen Bäume erhalten blieben. Im Übrigen sehe sie es als kritisch, eine zweifelsohne sehr attraktive Spielfläche für kleinere Kinder zu Lasten der Spielmöglichkeiten und der Aufenthaltsbereiche für ältere Kinder zu schaffen.

Herr Meichsner merkt an, dass die Vielzahl der Fragen ein Beleg für die Intransparenz der Darstellung sei. Im Übrigen bitte er um Auskunft, in welcher Kategorie des neuen Grünflächenkonzeptes dieser Spielplatz eingestuft werde.

Frau Heckerroth kritisiert ebenfalls den Umstand, dass durch die geplante Umgestaltung ältere Kinder verdrängt würden.

Herr Kortemeier erläutert, dass durch den Lückenschluss der beiden Wege an der Bleichstraße davon ausgegangen werden könne, dass sowohl Rad- wie auch Fußgängerverkehre nicht mehr den Trampelpfad, sondern die neue Wegeverbindung nutzen würden. Der geplante Kunststoffbelag sei im Pflegeaufwand deutlich günstiger als Rasen und zudem auch recyclingfähig. Im Unterschied zum Status quo würden die Sandflächen eine Einfassung erhalten, wodurch eine einfachere Pflege und Unterhaltung gewährleistet werde. Der Rodelhügel bleibe erhalten; für drei zu fällende Bäume würden Neuanpflanzungen erfolgen. Zusätzlich seien an der Bleichstraße vier neue Großbäume und entlang des Zaunes zum Wiesenbad Sträucher vorgesehen. Auch wenn der Spielplatz für Kinder von 0 – 12 Jahren ausgelegt sei, könnten ältere Kinder die Angebote nutzen.

Herr Ridder-Wilkens erachtet das vorliegende Konzept als sehr gelungen und teilt die in der Diskussion vorgebrachten Bedenken nicht. Er lehne es ab, das Konzept zu zerreden, zumal eine Landesförderung von 80 % gewährt werde und die Folgekosten gegenüber den bisherigen Kosten sinken würden.

Auf Nachfrage von Herrn Straetmanns erklärt Frau Jülich, dass nur der Bereich Werner-Bock-Straße / August-Bebel-Straße mit den Planungen zum neugestalteten Kesselbrink abgestimmt worden sei, der Grünzug jedoch nicht. Frau Hoffjann erläutert nochmals die geplanten Maßnahmen in diesem Eingangsbereich. Die Diskussion über die Folgekosten sei nicht nachvollziehbar, da diese ohne die Umplanung noch höher lägen als nach der beabsichtigten Umgestaltung. Eine Aussage zur Kategorisierung könne sie nicht treffen.

Herr Henningsen äußert ebenfalls Zweifel an der Akzeptanz der neuen Wegebeziehung.

Vor dem Hintergrund der Vielzahl der offenen Fragen spricht sich Herr Dr. Neu dafür aus, die Vorlage nur in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen. Er wünsche sich eine Überarbeitung der Unterlagen unter Berücksichtigung der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und geäußerten Bedenken bzw. Anregungen. Hierzu zähle er auch die Berücksichtigung älterer Nutzergruppen und die Darstellung des Einzugsbereichs der Spielfläche. Seiner Ansicht nach könnte die mit der Maßnahme verfolgte Attraktivitätssteigerung auch mit geringerem Mittelaufwand erreicht werden ohne dabei andere Nutzergruppen zu verdrängen.

Herr Bowitz erklärt, dass seine Fraktion die Planungen grundsätzlich begrüße, sich allerdings dem Antrag von Herrn Dr. Neu auf 1. Lesung anschließen werde. Die neue Wegebeziehung sei überzeugend, insgesamt führe das Konzept zu einer Aufwertung des Bereichs. Allerdings könne er auch die Befürchtung, dass ältere Kinder verdrängt würden, nachvollziehen. Unter Umständen wäre es in diesem Zusammenhang ein Kompromiss, die funktionierenden Elemente „Torwand“ und „Tischtennis-Platte“ in die Neuplanung mit einzubeziehen.

Herr Meichsner erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag auf 1. Lesung zustimmen werde, da die Frage nach der Kategorisierung der Fläche nicht beantwortet worden sei. Der Ansicht von Herrn Dr. Neu, dass ein hoher Mitteleinsatz nicht erforderlich sei, wenn der Zweck auch mit weniger Mitteln erreicht werden könne, schließe er sich ebenso an wie seiner Forderung, den Nutzerkreis des Spielbereichs genauer einzugrenzen. In diesem Zusammenhang sollte auch das Spielplatzangebot im Schlachthofviertel berücksichtigt werden.

Frau Hoffjann weist abschließend darauf hin, dass die Maßnahme aufgrund der Förderbestimmungen bis zum 31.12.2012 abgeschlossen sein müsse.

### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage der Verwaltung über die Entwurfsplanung zur Umgestaltung der Eingangssituation im Bereich der August-Bebel-Straße / Werner-Bock-Straße sowie des Spielplatzes westlich des Wiesenbades in 1. Lesung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung um Stellungnahme zu den in der Diskussion aufgeworfenen Nachfragen und**

## **geäußerten Bedenken bzw. Anregungen.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 10**

#### **Entwurfsplanung zur "Wegeverbindung AlteBogefabrik"**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4004/2009-2014

Herr Kortemeier stellt die Entwurfsplanung vor.

Frau Bauer begrüßt die vorgestellten Planungen, durch die unmittelbare Wegeverbindung ins Neue Bahnhofsviertel erheblich verbessert werde.

Herr Meichsner erklärt, dass der Wendehammer aus seiner Sicht überflüssig sei. Im Übrigen sei der geplante Weg entlang des Ostwestfalendamms gut befestigt und könne selbst bei Regen gut genutzt werden. Wenn hier eine wassergebundene Wegedecke aufgetragen werde, würde sich der Zustand des Weges innerhalb kurzer Zeit erheblich verschlechtern. Er weist darauf hin, dass auf dem Weg häufig gedealt werde, in den Abendstunden hielten sich dort zusätzlich Prostituierte auf. Vor diesem Hintergrund beantrage er aus Gründen der sozialen Kontrolle die Installation einer Beleuchtung.

Frau Mertelsmann teilt mit, dass ihre Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde.

Frau Bauer erachtet eine Beleuchtung für nicht zwingend notwendig, da nachts auch der Weg über die beleuchtete Meller Straße genutzt werden könne.

Herr Kortemeier erläutert, dass der Wendehammer aus fahrdynamischer Sicht für Fahrzeuge der Müllabfuhr und Feuerwehr etc. erforderlich sei. Wie in der Vorlage dargestellt, werde der Aspekt der Beleuchtung ohnehin geprüft. Die Breite des Weges belaufe sich inkl. des beidseitigen Banketts von jeweils 0,50 m auf insgesamt 2,50 m, so dass dort ein problemloses Miteinander von Fußgänger- und Radfahrverkehr möglich sei. Hinsichtlich der Oberflächengestaltung merkt Herr Kortemeier an, dass eine Asphaltdecke aus Kostengründen nicht realisiert werden könne.

**Der Antrag der CDU-Fraktion, im Rahmen des Ausbaus der Wegeverbindung eine Beleuchtung zu installieren, wird sodann mehrheitlich abgelehnt.**

#### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Entwurfsplanung (s. Anlage zur Vorlage) des Landschaftsarchitekturbüros Kortemeier Brokmann aus Herford, zur „Wegeverbindung AlteBogefabrik“ im Bereich zwischen dem ehemaligen Gelände der Firma Boge und**

dem Ostwestfalendamm bis zur Jöllenbecker Straße im Rahmen des Stadtumbaus im Stadtumbaugebiet „Nördlicher Innenstadtrand“ entsprechend der Vorlage und dem Entwurf zu.

- mit Mehrheit beschlossen -

---

Zu Punkt 11

**Sanierungsgebiet "Bahnhofstraße"  
hier: Teilaufhebung der Satzung für die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Bahnhofstraße"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3985/2009-2014

Herr Meichsner merkt an, dass die beabsichtigte Teilaufhebung der Satzung auch Flächen umfasse, die westlich der Bahnhofstraße liegen würden und bei denen die Sanierungsziele nicht als erfüllt angesehen werden könnten. Insofern stelle sich ihm die Frage, welche Möglichkeiten mit der Teilaufhebung der Satzung aufgegeben würden und welche Entwicklungsperspektiven die Verwaltung für diesen Bereich habe.

Unter Verweis auf die Sanierungsziele erläutert Frau Jülich, dass diese im Bereich der Bahnhofstraße erfüllt seien und die 1992 beschlossene Satzung somit nach § 162 BauGB aufgehoben werden solle. Weitergehende städtebauliche Entwicklungsziele könnten nur über eine Bauleitplanung geregelt werden, die verschiedene Steuerungsinstrumente, wie z. B. eine Veränderungssperre, ermöglichen würde.

Auf die Anschlussfrage von Herrn Meichsner, wann für die Bereiche, die von dem Sanierungsgebiet zukünftig nicht mehr erfasst seien, mit einer Bauleitplanung zu rechnen sei, führt Herr Ellermann aus, dass diese nach entsprechender Beschlussfassung durch die Politik eingeleitet würde, um durch planungssichernde Maßnahmen möglichen Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenwirken zu können. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass entsprechende Maßnahmen nicht parallel zur Sanierungssatzung anwendbar seien.

Herr Meichsner beantragt sodann, den von der Satzung zukünftig nicht mehr erfassten Bereich in die Bauleitplanung für den Bereich Zimmerstraße / Feilenstraße aufzunehmen und das Plangebiet entsprechend zu erweitern.

**B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Teilaufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Bahnhofstraße“ mit der Maßgabe zu beschließen, für die Bereiche zwischen Feilenstraße und Zimmerstraße und westlich der Bahnhofstraße bis zur Bahnlinie eine Bauleitplanung aufzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 12**

**Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2012-2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3958/2009-2014

Herr Franz merkt an, dass bei der Vorbesprechung am 17.04.2012 die Einziehung einer Fahrspur der Viktoriastraße während der Errichtung des Technischen Dienstleistungszentrums (TDLZ) für die Dauer von rd. 18 Monaten äußerst kritisch gesehen worden sei. Noch problematischer seien die bedingt durch die geplante Buslinienführung über die Körnerstraße in den Niederwall zu erwartenden verkehrlichen Auswirkungen im gesamten Umfeld des Rathauses beurteilt worden.

Herr Beigeordneter Moss weist darauf hin, dass die BBVG durch Ratsbeschluss mit der Planung des TDLZ betraut worden sei. Unter Berücksichtigung des Wettbewerbsergebnisses und in Anbetracht der Größe des vorhandenen Grundstücks müsse die Baustelle von außen beschickt werden, was nur durch Inanspruchnahme des umliegenden Straßenraums möglich sei. Von den Alternativen einer Vollsperrung der Falkstraße, einer einseitigen Sperrung der August-Bebel-Straße oder einer einseitigen Sperrung der Viktoriastraße habe sich die letztgenannte Alternative als die einzig realisierbare Möglichkeit herausgestellt, da bei den Optionen Falkstraße und August-Bebel-Straße alle Güter über das Gebäude hätten gehoben werden müssen. Der entsprechende Auftrag an die Fa. Langenscheidt sei im Übrigen bereits vergeben worden. In einem unmittelbar im Anschluss an die Erörterung mit den Mitgliedern der Bezirksvertretung am 17.04.2012 geführten Gespräch mit der Firma Langenscheidt habe sich diese bereit erklärt, ihre bauvorbereitenden Tätigkeiten so zu planen, dass bis zur Sommerpause auf eine Sperrung der Viktoriastraße verzichtet werden könne. Ab der Sommerpause ließe sich allerdings eine externe Baustelleneinrichtung nicht vermeiden.

Auf die Nachfrage von Herrn Franz, ob es nicht sinnvoller sei, die Falkstraße als Sackgasse auszuweisen und entlang des Grundstücks des TDLZ beide Spuren als Einrichtungsfläche zu nutzen, führt Herr Beigeordneter Moss aus, dass auch hier die Materialien mittels eines Krans über das Gebäude gehoben werden müssten. Neben dem Umstand, dass eine derartige Vorgehensweise eine Änderung des Ausschreibungstextes bedeuten würde, fehle der Straße auch die erforderliche Breite, um als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt werden zu können.

Herr Meichsner erklärt, dass das grundsätzliche Problem darin bestünde, dass bei der Beschlussfassung zum TDLZ die detaillierten Planungen zum Kesselbrink noch nicht vorgelegen hätten und die Maßnahmen anscheinend auch nicht konkret aufeinander abgestimmt worden seien. Von Privatleuten würde bei vergleichbaren verkehrlichen Eingriffen erwartet, dass sie andere Lösungen fänden. Angesichts der geplanten Verkehrsführung insbesondere in der Körnerstraße befürchte er erhebliche Probleme im Umfeld des Rathauses, aber auch hinsichtlich der Erschließung des Bielefelder Nordens und des Bielefelder Ostens.

Vor diesem Hintergrund sollte möglicherweise eine andere Verkehrsführung im Rahmen der Baustelle Kesselbrink geprüft werden.

Zur beabsichtigten einseitigen Sperrung der Viktoriastraße merkt Herr Beigeordneter Moss an, dass im Zusammenhang mit der Errichtung des TDLZ eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, die gemeinsam mit moBiel, Polizei und Feuerwehr mögliche verkehrliche Alternativen untersucht habe und z. B. auch Probefahrten mit Gelenkbussen durch die Körnerstraße unternommen habe. Hierbei seien keine Probleme festgestellt worden. Im Übrigen habe die Politik darauf bestanden, dass die Straßenbaumaßnahmen rund um den Kesselbrink vor 2014 abgeschlossen würden. Darüber hinaus sei auch festzustellen, dass der Verkehr im Umfeld des Kesselbrink aktuell relativ reibungslos funktioniere.

Herr Henningsen stellt dar, dass sich die Viktoriastraße bedingt durch die Straßenbaumaßnahmen rings um den Kesselbrink zu einer wichtigen Verkehrsader entwickelt habe. Angesichts dieser gewachsenen Bedeutung lehne er die vorgesehene Teilspernung sowie die geplante Abwicklung der Busverkehre über die Körnerstraße ab und erachte es als sinnvoller, die Baustellenfläche auf dem hinteren Teil der wesentlich geringer belasteten Falkstraße einzurichten.

Frau Bauer erklärt, dass angesichts der Neugestaltung des Kesselbrink und der Errichtung eines neuen technischen Rathauses bestimmte Unannehmlichkeiten für einen begrenzten Zeitraum hingenommen werden müssten. Sie vertraue hier der Kompetenz der Verwaltung, der selbst an einer möglichst reibungslosen Realisierung der beiden Projekte gelegen sei.

Herr Martin weist nochmals darauf hin, dass die Errichtung des TDLZ mit Beginn der Sommerferien erfolgen werde, so dass der Pkw-Verkehr ausreichend Zeit hätte, sich auf die unbestritten schwierige Situation einzustellen. Als Alternative für den stadtauswärtsfahrenden Verkehr stünde die zwischenzeitlich fertig gestellte Hermannstraße zur Verfügung, darüber hinaus werde auf der Friedrich-Verleger-Straße immer ein Einrichtungsverkehr in Richtung Heeper Straße möglich sein. Herr Welther ergänzt, dass die Problematik Körner Straße / Jahnplatz nicht mit dem Bau des TDLZ sondern mit der Neugestaltung des Kesselbrink in Zusammenhang stünde. Abschließend betont er, dass aus der Tiefgarage Rathaus ein Rechtsabbiegen in Richtung Turner- bzw. Falkstraße weiterhin möglich bleiben werde.

Zur Vorlage weist Herr Meichsner darauf hin, dass die Baumaßnahme „Stützmauer Am Sparrenberg“ (Ifd. Nr. 2 der Anlage 1) nicht mit der Betriebszeit des Sparrenmobils kollidieren dürfe.

Nachfolgend beantwortet Herr Martin noch kurz die im Vorgespräch aufgeworfenen Fragen und erläutert, warum die Maßnahme in der Brückenstraße nicht schon im letzten Jahr hätte durchgeführt werden können. Zum Kanalbau in der Friedrich-Ebert-Straße führt er aus, dass dieser über 100 Jahre alt sei und nunmehr zum ersten Mal saniert werde. Der Querschnitt des Kanals in der Herforder Straße sei als Vorflut ausreichend.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die geplanten bzw. in der Ausführung befindlichen Baumaßnahmen für die Jahre 2012 – 2013 zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 13 Haushalt 2012 für den Stadtbezirk Mitte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4024/2009-2014

Frau Stude beantwortet die im Vorfeld eingereichten Fragen zum Haushalt 2012 und teilt mit, dass der Kostenanstieg bei den Brunnen und der Alcina-Uhr auf die Erhöhung der (Miet-)nebenkosten zurückzuführen sei. Bei den genannten Beträgen handele es sich um interne Leistungsverrechnungen, die tatsächlich entstandenen Kosten müssten dem Immobilienservicebetrieb (ISB) vorliegen. Die Einnahmen des Gemeinschaftshauses Feilenstraße hätten in 2011 für sportliche Aktivitäten 2.225 Euro betragen. Der ISB selbst habe aufgrund der derzeitigen Entgeltordnung keine Einnahmen erzielt, da diese unter bestimmten Voraussetzungen vorsehe, die Räume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Frage nach den tatsächlichen Kosten für die Grünunterhaltung im Stadtbezirk Mitte hätte in der Kürze der Zeit nicht eruiert werden können. Der für 2013 ausgewiesene Betrag von 130.000 Euro bei der Maßnahme „Detmolder Straße“ diene der Ausfinanzierung der Maßnahme, zudem sei angedacht, die Fahrbahndecke der Otto-Brenner-Straße im oberen Bereich zu erneuern und weitere Lärmschutzmaßnahmen zu realisieren. Der Umstand, dass für den Stadtumbau Kesselbrink für 2013 keine Mittel eingeplant seien, sei darauf zurückzuführen, dass die Maßnahme gemäß den Förderbedingungen Ende 2012 abgeschlossen sein müsse.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage der Verwaltung über den Haushalt 2012 für den Stadtbezirk Mitte zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Punkt 14.1 Ausweisung von Kurzzeit-Parkplätzen am Siegfriedplatz zu den Marktzeiten**

Das Amt für Verkehr weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mitte in ihrer Sitzung am 10.03.2011 beschlossen habe, während der Zeiten des Siegfriedmarktes eine Ausweisung der am Siegfriedplatz vorhandenen Parkplätze als Kurzzeitparkplätze mit einer maximalen Parkzeit von 45 Minuten vorzunehmen und ein Jahr nach Umsetzung dieser Maßnahme einen Erfahrungsbericht abzugeben.

Die diesem Beschluss entsprechende Beschilderung, die an sechs Standorten rund um den Siegfriedplatz installiert werden müsste, sei

nach Einschätzung des Amtes für Verkehr sehr unübersichtlich und ließe die dort abgebildete verkehrliche Regelung nicht auf Anrieb für jeden Verkehrsteilnehmer bzw. jede Verkehrsteilnehmerin problemlos erkennen. Bei der Vielzahl und Größe der an einem Standort aufzustellenden Schilder würde es zudem technische Probleme bei der Einhaltung des Lichtraumprofils geben; unter Umständen wären sogar pro Standort zwei Masten erforderlich. Zu berücksichtigen sei des Weiteren, dass aufgrund des aktuell geltenden (politisch beschlossenen) Parkraumbewirtschaftungskonzeptes in diesem Bereich Bewohnerinnen und Bewohnern u. a. die Möglichkeit eingeräumt werde, mit einem entsprechenden Bewohnerparkausweis auf den betreffenden 31 Stellplätzen rund um den Siegfriedplatz vorrangig dauerhaft zu parken, d. h. die Bewohner könnten sich auch während der Zeiten, in denen eine Parkscheibenregelung gelte, trotzdem auf diese ausgewiesenen Stellplätze stellen und zwar mit einer unbegrenzten Dauer. Vor diesem Hintergrund sei für einen Zeitraum von vier Wochen (außerhalb der Schulferien) die Parksituation auf diesen 31 Stellplätzen, die an den Siegfriedplatz direkt angrenzen, gezielt während der Marktzeiten beobachtet worden. Im Durchschnitt seien 60% der Stellplätze (ca. 19 Stück) dauerhaft von Bewohnern beparkt worden. Daraus resultierend würde eine Umsetzung des gefassten Beschlusses gerade einmal für ca. zwölf Stellplätze wirken. Diese zwölf Stellplätze würden bereits jetzt zu den Marktzeiten mit einer hohen Fluktuation genutzt, wobei die Fahrzeuge im Durchschnitt nicht länger als 45 - 60 Minuten dort gestanden hätten. Folglich würde eine Beschlussumsetzung rein faktisch keine tatsächliche spürbare Veränderung der jetzigen Parksituation an den Markttagen nach sich ziehen. Zudem bleibe auch noch festzustellen, dass das Amt für Verkehr derzeit keine verkehrliche Notwendigkeit für die beschlossene Maßnahme sehe und daher eine Umsetzung unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssituation (HSK) nicht möglich wäre. Vor diesem Hintergrund bitte das Amt für Verkehr die Bezirksvertretung, die Entscheidung zu überdenken und mitzuteilen, ob sie an der beschlossenen Maßnahme festhalte.

Auf Antrag von Frau Mertelsmann fasst die Bezirksvertretung sodann folgenden

### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung hebt ihren am 10.03.2011 gefassten Beschluss zur Ausweisung der Parkplätze am Siegfriedplatz während der Markttagge als Kurzzeitparkplätze auf.**

- einstimmig beschlossen -

---

## **Punkt 14.2**

### **Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Bahnhofsvorplatz**

In Ergänzung der Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Mahnmal auf dem Bahnhofsvorplatz (s. TOP 4.5 der Sitzung vom 08.03.2012) führt Herr Kricke aus, dass der Immobilienservicebetrieb mittlerweile die in der letzten Sitzung

angekündigte Stellungnahme des Architekten Falkenberg erhalten habe, die wie folgt laute:

„Nach einiger Überlegung und Rücksprache mit den Initiatoren des Mahnmales, der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaikirchengemeinde lehne ich diesen Vorschlag ab.

#### Form

Die offene Form der Konstruktion mit den unregelmäßigen Aussparungen gehört zur Konzeption des Objektes und sollte nicht verändert werden.

Hier meine damalige Begründung der Form:

„Die aus der Präsentation von Informationen entwickelte Pultform formuliert ein Angebot zur Auseinandersetzung. Beide Objekte umreißen nur unvollständig ein Volumen, deuten etwas an. Dieser Charakter des Fragilen und Fragmentarischen entspricht ihrer Aufgabe: dem Verweis auf eine Dimension des Ortes, die sich nur in der Reflexion erschließt und eine wachsende Beunruhigung hinterlässt.“

#### Nutzungsspuren

Wir haben damals mit den Initiatoren einige Energien auf die Diskussion um möglichen „Missbrauch“ als Ablage, Sitzgelegenheit etc. verwandt. Grundsätzlich waren wir der Meinung, dass die Positionierung im öffentlichen Raum zwangsläufig solche Nutzungen mit sich bringt. Die abstrakte und unpathetische Form des Mahnmales wurde gewählt um eine Entwürdigung der Opfer durch solche Nutzungen auszuschließen.

Es ergibt sich also kein Bedarf an einer baulichen Änderung des Mahnmales.“

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

### **Punkt 14.3**

#### Sachstand des Bebauungsplanverfahrens Gehrenberg

In Ergänzung der in der letzten Sitzung auf die Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand des Bebauungsplanverfahrens Gehrenberg (s. TOP 4.7 der Sitzung vom 08.03.2012) gegebene Antwort der Verwaltung teilt das Bauamt mit, dass die angekündigte Konkretisierung der Ziele der Sanierungssatzung „Altstadt“ zeitnah erfolgen solle. Das Bauamt gehe davon aus, dass die politischen Gremien kurz nach der Sommerpause mit dem Thema befasst würden.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

